

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Str. 11, Nr. 8a

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgehaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgehaltene Petitzeile über deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklam-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: für Berlin incl. Bringelohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 85 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 60 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 85 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Abonnements-Einladung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß man auf unser Blatt für den Monat Dezember bei allen Postanstalten für 0,54 Mark, so wie in Berlin bei unseren Speditoren für 0,65 Mark frei in's Haus abonniren kann.

Im Post-Zeitungs-Katalog ist unser Blatt unter **Nr. 2554**

eingetragen, worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Wir hoffen, daß unsere Freunde und Parteigenossen diese Gelegenheit zu einem zahlreichen Abonnement benutzen werden.

Die Expedition des „Neuen Social-Demokrat“.

Inhalt.

- Die unteren Beamten.
- Politische Uebersicht: Zur Strafgesetznovelle. — Vorläufige Vereinsabschlüsse. — Arbeiterleben in Berlin. — „Sparen“ und immer „Sparen“. — Die liberale Presse. — Arbeiter-Berungslösungen. — Italienische Zustände. — Aus dem Leben des Veteroburger Hofes. — Die Hausbuchungen werden evidentiell. — Verhaftung des Vorzei-freund Mose in Altona. — Der flüchtig gewordene Kassirer der Vieher-Versicherungskasse.
- Innere Partei-Angelegenheiten.
- Korrespondenzen: Bergen. — Hocht. — Berlin. — Minden. — Hamburg. — Bremen. — Hensburg. — Frankfurt a. M.

Die unteren Beamten.

In der vorletzten Sitzung des deutschen Reichstages kam durch den Abgeordneten Hasselmann wieder einmal die Lage der unteren Beamten, speciell die der Briefträger und unteren Postbeamten, zur Sprache. Das Bild, welches dieser social-demokratische Reichsbote daselbst enthielt, war ein recht trübes; daß es auch ein vollkommen richtiges war, bewies die außergewöhnliche Aufmerksamkeit und Ruhe des Hauses.

So hat es sich denn herausgestellt, daß ein Landbriefträger nicht mehr als 1 1/2 Mark täglichen Gehalts bezieht, und in der Stadt Berlin Postboten angestellt werden, welche mit 3 Mark täglich sich und ihre Familie ernähren sollen. Die höheren Beamten beziehen fortwährend Wohnungs-Entschädigungen und Gehaltszulagen, das Beamten-Proletariat bekommt fast nichts.

Es muß als eine furchtbare Thatsache hingestellt werden, daß bei der Preissteigerung der Lebensmittel um 100 pCt. die Gehälter dieser Unglücklichen kaum eine Aufbesserung von 15 pCt. erfahren haben.

Und trotz alledem muß der Subalterne-Beamte „zufrieden“ sein. Nur ja nicht raisonniren!

Wenn man einmal an den Gehältern „sparen“ will, so möge man oben anfangen.

Als einst Friedrich II. von Preußen sein erster Postdirektor den Vorschlag machte, die Löhnung der „Postreuter“ zu kürzen, da dadurch ein ganz nettes Summchen zu Stande kommen würde, gab Friedrich darob zur Antwort: „Nun gut, ich bin damit einverstanden, wenn Sie sich selbst zuerst 1000 Thaler von ihrem Gehalte abziehen; Sie werden so jedenfalls mit einem guten Beispiel vorangehen.“ Der Postdirektor schwieg und verzichtete auf Theorien à la Camphausen.

Jedenfalls werden wir im Reichstage die schönsten Phrasen über die Beamtennoth zu hören bekommen, aber nur einen Pfennig mehr zu bewilligen, daran denken diese Herren nicht. Was sollen sich auch die Vertreter des Kapitals, aus denen mit weniger Ausnahmen unser Reichstag besteht, um solche arme Hungerleider bekümmern?

Die „Staatsbürger-Zeitung“, welche eben dieselbe Frage in ihrer letzten Sonntagsnummer behandelt, schreibt diesbezüglich:

„Die Gefahr, welche dem ganzen Staatswesen aus der wirtschaftlichen Noth unserer Beamten erwachsen kann und schließlich erwachsen muß, liegt auf der Hand. Kein Staat, auch wenn er durch äußere Unfälle niedergeschmettert am Boden liegt, ist ganz verloren, so lange er ein intaktes Beamtenheer hat, und umgekehrt trägt auch der anscheinend mächtigste Staat den Keim unheilbarsten Siechthums in sich, sobald in die Reihen seiner Beamten Korruption und Unzuverlässigkeit Einlaß gefunden haben. Unsere eigene Geschichte bietet dafür überzeugende Beweise.“

„Man rede uns auch nicht von der Ehre und Pflicht-treue unserer Beamten, welche das Unzureichende ihrer wirtschaftlichen Lage ausgleiche! Ehre und Pflicht-treue sind Pflanzen, die nur auf einem Boden gedeihen, der durch feste Schranken gegen übermenschliche Verführungen geschützt

ist. Muß uns nicht die Schamröthe in's Gesicht steigen, wenn die Gerichtshöfe des Landes so häufig Beamten, die wegen Unterschlagung angeklagt sind, mildere Umstände zubilligen, weil sie unter dem unwiderstehlichen Druck von Nahrungsjorgen gehandelt haben? Sind das noch irgend-wie gesunde Zustände?“

Man spricht so häufig davon, daß die Social-Demokratie die Achtung vor dem Staate untergrabe; nun, wird ein Staatswesen, das Zustände, wie die oben geschilderten, nicht befeitigt, in den Augen der Bürger an Ehre gewinnen? Sicherlich nicht! Wenn der Beamte seine Geschäfte mit Widerwillen treibt, dann kann man sich den Schaden berechnen, welchen die Allgemeinheit dadurch davonträgt.

Jahre lang haben viele kleine Beamte bei der Fahne gestanden; sie haben Feldzüge mitgemacht und Verwundungen davongetragen; kurz und gut, sie haben dem Staate Opfer gebracht — und werden endlich mit einem solchen Lohne abgeloht.

Unter solchen Umständen kann man sich wohl denken, welche Veränderung zum Schlechteren unser Beamtenthum erfahren wird, da der Beamte, um seine Familie zu ernähren, zu allerhand Nebenbeschäftigungen greifen muß und Bestechungen leichter sein Ohr leihen wird.

Der Staat muß seine Diener gut ernähren können, und ein Wunder müßte es geradezu sein, wenn Preußen-Deutschland, das so groß im Bezahlen der Steuern da steht, seinen unteren Beamten nicht eine auskömmliche Existenz schaffen könne.

Oder sollte es doch wirklich so faul in Staate Dänemark sein, wie uns Viele erzählen?

Deutscher Reichstag.

Die erste Lesung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Erhöhung der Verbrauchsteuer.

(Fortsetzung.)

Präsident: Der Herr Kommissarius des Bundesraths, Geheimrath Huber, hat das Wort. (Pause.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Löwe hat das Wort.

Abg. Dr. Löwe: Meine Herren. Die Ausführungen, die uns der Herr Reichskanzler vorgelegt hat, treffen ohne Zweifel in ihren Ideen überall im Hause und, wie ich überjezt bin, auch in dem Lande auf die größte Sympathie. Wir können ihnen Ausführungen nur darin beifügen, wenn er den Gedanken der Einheit der Verwaltung, und wie sie hier hergeführt werden kann, auf das Eindringlichste betont. Wir können auch nur seinen Gedanken zustimmen, die er im Allgemeinen über das Beschaffen der direkten und der indirekten Steuern ausgedrückt hat. Auch ich bin überzeugt, daß wir noch lange im Staate wirtschaften müssen, ehe wir daran denken können, die indirekte Steuer durch die direkte Steuer zu ersetzen. Aber an der Stelle, an der er auf die speziellen Punkte eingeht, die uns in diesem Augenblicke beschäftigen, nämlich darauf, ob wir die Matricularbeiträge ganz aufgeben und sie durch Steuern ersetzen sollen, oder ob wir sie mehr oder weniger groß beibehalten sollen — nur in diesem Punkt, glaube ich, trifft er nicht auf Zustimmung hier im Hause. Wir haben bei den Matricularbeiträgen niemals aus dem Auge verloren, daß, wie er sie nennt, sie eigentlich eine rohe Steuer bilden, die ohne Rücksicht der Steuerkraft des einzelnen Landes und seiner Vermögen einfach nach der Kopfzahl erhoben wird. Wenn aber der Herr Reichskanzler sich dieser Rücksichtslosigkeit bei der Verteilung der Lasten gegenüber auf andere Steuern bezieht, die nicht so ungerecht verteilt sind, so muß ich doch sagen, daß er eine der Steuern, die alle Fehler der Matricularbeiträge theilt, zufällig nicht erwähnt hat; das ist die Salzsteuer. Auch sie wird ohne die geringste Rücksicht auf die Steuerkraft von jedem Einzelnen erhoben, ja sie ist eine Steuer, der sich absolut Niemand entziehen kann, auch nicht einmal der Almosenempfänger kann sie ihr entziehen. Die Klagen aber über diese ungerechte Verteilung sind so alt und so zahlreich gewesen, daß sich die Ohren der Meisten nachgerade daran gewöhnt haben, und daß der tatsächliche Vortheil, die Steuer ohne großen Bedruss von jedem einzelnen zu erheben, gleichgültig gemacht hat gegen das Interesse der Gerechtigkeit in der Verteilung der Steuerlast. Doch steht dem Vorkange der Aufhebung dieser Steuer noch zur Seite, daß es eine Steuer auf einen Rohstoff ist, der für die Landwirtschaft und das Gewerbe von der größten Wichtigkeit ist. Denn die Erleichterung, die Landwirtschaft mit dem Viehfleisch und der Industrie mit dem benaturirten Salze gewährt ist, ist in den meisten Fällen mehr für die großen Wirtschaften vorhanden, als für die kleinen; der kleine Eigenthümer kommt, sei es aus Mangel an Einsicht, sei es aus Trägheit des Geistes, sei es aus Bequemlichkeit, sei es aus Mangel an Zeit, schwer dazu, die Vortheile, die das billige Salz zu verschaffen, wahrzunehmen. Er verwendet es entweder gar nicht oder er verwendet es mit Unterrechnungen, also in wirtschaftlich unvollkommener Weise, oder er verwendet das Speisefalz, also das versteuerte, zu hohem Preise. Man sagt nun wohl, daß er sich ja darum kümmern könnte, daß er seine Wirtschaft aufmerksam einrichten sollte. Dieser Vorwurf korrespondirt in einer sonderbaren Weise mit dem Vortheil, den man darin findet, daß die Salzsteuer so leicht erhoben werden kann, weil der Zahler es nicht merkt. Meine Herren, wenn man auf der einen Seite darauf rechnet, daß diese Steuer leicht erhoben werden kann, weil es Niemand merkt, so sollte man auch auf der anderen Seite doch wenigstens den Leuten das zu gute halten, was sie zu unvorsichtig oder zu geistesträge sind, um sich der Steuer zu entziehen.

Ich erwähne nun diese Steuer hier nicht beiläufig etwa nur als ein Beispiel, sondern ich bin der Meinung, daß jede Reform der indirekten Steuer mit der Salzsteuer, das heißt mit der Abschaffung der Salzsteuer, beginnen muß, und daß wir auf einen ganz falschen Weg in der Reform der indirekten Steuern gerathen würden, wenn wir immer neue Steuern auf die bestehenden darauf setzen und es der Zukunft überlassen wollten, daß vielleicht später irgendwo einmal eine Steuer erleichtert werden könnte. Wenn wir eine Steuerreform, wie

sie durch solche Steuervorlagen notwendig angezeigt wird, beginnen wollen, so müssen wir natürlich uns acta — und das ist gewiß eine große Arbeit — die Steuern umgestalten, und bei dieser Umgestaltung würde nach meiner Meinung in erster Linie die Aufhebung der Salzsteuer notwendig sein.

Was nun die Matricularbeiträge an sich betrifft, so haben dieselben für uns in dem gegenwärtigen Zustande die politische Bedeutung, daß sie die einzelnen Staaten an unserem Finanzleben im Reiche ganz direct interessiren und zwar in der Weise, daß sie, da ihre Vertreter im Bundesrathe das Budget aufzustellen haben, sich schon früher lebhaft bemüht werden, daß das, was sie an Mehrausgaben und Vorschlägen, zu einem Theile wenigstens durch Matricularbeiträge gedeckt werden muß. Wir sind aber, abgesehen von dieser allgemeinen Betrachtung, um so weniger in der Lage, die Matricularbeiträge ganz und gar aufzuheben, als es ja noch immer gewisse Staaten in Deutschland giebt, wo es dem Volke der Einzelstaaten, auch nicht einmal der Staatskasse, dem Budget des einzelnen Staats, gar nicht zu gute kommen würde, wenn die Matricularbeiträge nicht erhoben würden, sondern wo, wenn ich recht unterrichtet bin, z. B. in Neudenburg, nur die Kasse des Fürsten dabei gewinnen würde. Nur diese würden durch die Aufhebung der Matricularbeiträge einen Gewinn machen.

Was nun die hierbei angeknüpfte Frage wegen der Reichsministerien betrifft, so sympathisiren wir ja auf's Höchste mit dem Herrn Reichskanzler in seinen Ideen über die Organisation der Reichsministerien. Wenn der Herr Reichskanzler über die ungerechtfertigten Betrachtungen wegen seiner Abwesenheit, die über ihn gemacht sind, sich beklagt, so kann er darauf rechnen, daß er die größte Anerkennung für seine Leistungen nicht bloß in diesem Hause, sondern auch in der ganzen Nation findet. Aber die Betrachtungen über die übermäßigen Kosten, die ihm aufgebürdet sind, werden so häufig und so allgemein angestellt, daß ich es wohl ausprechen kann, was in der öffentlichen Meinung des Landes sowoht, wie in Gesprächen des Hauses sich als das Schmerliche für ihn benachteiligt hat, was man wenigstens als das Größte sich vorstellt. Es ist nicht das malthus, das ihm auferlegt ist — wir wollen hoffen im Interesse unserer Nation, daß er größere Lasten noch zu tragen im Stande ist; aber es sind die maltha, die von allen Seiten auf ihn gehäuft sind, die ihn zu erdrücken drohen und von denen er sagt, daß er die Verantwortlichkeit dafür nicht tragen könne. Man ist allgemein der Meinung, daß diese maltha so vertheilt werden, wie es nur bei einer regelmäßigen Organisation von Reichsministerien möglich ist. Sie wissen ja sehr wohl, daß nicht bloß wir und die Nation im Allgemeinen in einem Uebergangsstadium uns befinden, sondern daß auch der Herr Reichskanzler mit seiner Verwaltung selbst in einem Uebergangsstadium sich befindet, in welchem es schwer ist, die Einheit in der Verwaltung herzustellen. Wir haben die Ueberzeugung, daß eine Verwaltung, wie der Herr Reichskanzler sie mit den Reichsministerien im Reiche, und der preussische Ministerpräsident mit den preussischen Ministern in Preußen zu führen hat, von einer einheitlichen großen Idee geleitet werden muß, bei der auch ferner eine Uebereinstimmung über die Mittel und Wege, die zur Bewirklichung gehören, notwendig ist. Wir fürchten, er trifft in vielen Punkten auf Schwierigkeiten; aber ich kann wohl sagen, diese Schwierigkeiten haben wir immer bei der Bezeichnung der Vorgänge und Verhältnisse mit in Rechnung gestellt. Ueber die leitenden Ideen wie über die Wege, auf denen, und die Mittel, mit welchen gearbeitet werden soll, muß eine vollständige Uebereinstimmung herrschen. Wenn dann der Herr Ministerpräsident in Preußen oder Reichskanzler im Reiche mit einem Minister oder mit dem Chef eines Departements nicht vorwärts kommen kann, weil derselbe anderen Ideen folgt, andere Ziele erstrebt und in anderer Weise arbeitet, als man bei der Bildung der Verwaltung übereingekommen ist, dann muß der betreffende Minister weichen, und der Herr Reichskanzler muß nach einem anderen Mitarbeiter suchen, dem er einen Theil der Verantwortung im guten Glauben überlassen kann, ohne daß er ihn in jedem einzelnen Falle zu kontrolliren nöthig hat. Das ist das natürliche konstitutionelle System. Wenn darin Schwierigkeiten sich bei uns finden — und ich glaube, sie finden sich, wie eine gewisse Korrespondenz ergiebt, die kürzlich veröffentlicht ist, nur gar zu häufig — wenn Schwierigkeiten sich finden, werden wir uns erinnern müssen, daß wir Alle in einer Uebergangszeit leben und miteinander Geduld haben müssen. Das darf uns aber nicht abhalten, bei jedem Schritt, den wir thun, das Ziel, eine festorganisirte Reichsregierung zu erlangen, fest im Auge zu behalten. Der Herr Reichskanzler darf, was die Steuerfrage betrifft, deshalb nicht von uns erwarten, daß wir auf eine unbestimmte Hoffnung hin, die uns eine unbestimmte Zukunft erst einmal realisiren soll, Schritte in der Gegenwart und für die Gegenwart thun, die nicht mit diesem System in Uebereinstimmung sind und nicht auf dieses Ziel zuführen.

Ein solcher Schritt würde es nach unserer Meinung sein, wenn wir jetzt die Matricularbeiträge aufgeben wollten, um dem Reiche durch eigene Steuern einen Körper zu schaffen, wie der Herr Reichskanzler vorschlägt. Ja, ich gestehe es zu, das Reich ist ein großer Kopf mit einem lächerlich dünnen, ganz schattenhaften Körper, und ich bin bereit, nach allen Seiten hin dem Reiche mehr Körper zu verschaffen; wenn aber der Herr Reichskanzler uns warnt, nicht das Gute aufzugeben, d. h. diesen ersten Schritt zur Reform, weil wir Besseres, nämlich ein entschlossenes Vorgehen auf dem Reformweege wünschen, so fürchte ich, er ist selbst in Gefahr, in diesen Irrthum zu verfallen, indem er glaubt, die Staaten als solche durch die Beseitigung der Matricularbeiträge zu entlasten, sei das beste Mittel und biete den kürzesten Weg, um zur Reform der Reichsverwaltung und des Steuerwesens zu gelangen. Wir fürchten, wenn die Einzelstaaten erst frei von den Matricularbeiträgen sind und der Particularismus also kein directes Interesse an dem Reichshaushalt mehr hat, sondern nur noch ein indirectes in Bezug auf den Wohlstand und die Steuerkraft seiner Bewohner, daß dann der Particularismus noch viel hartnäckiger sich zeigen wird, als er bis jetzt schon gewesen ist, und daß wir uns dann nicht auf dem Wege zu einer glücklichen Reformbewegung befinden, sondern im Gegentheil, daß wir dann noch recht lange warten müssen, bis besondere Ereignisse uns die Reform bringen.

Das nun die mit der vorgeschlagenen Steuererhöhung versuchte Reform betrifft, so hat sich unglücklichweise der Bundesrath gerade an eine Steuer gemacht, die nach vielen Punkten hin große Schwächen und Mängel zeigt, wenn ich auch zugebe, daß die Biersteuer an sich eine angemessene Einnahmequelle bietet. Ich gestehe, wie gesagt, von vornherein zu, hier ist ein angemessenes Object für die Besteuerung; ich gestehe ferner zu, hier wird schwächer bis jetzt bei uns besteuert, liefert weniger Steuerertrag, als in den meisten anderen Ländern, auch in den anderen deutschen Staaten, liefert; ich gestehe drittens zu, daß unsere Bevölkerung uns besonders darauf hinweist, daß wir, sobald wir Steuerprojekte vornehmen, unsere Aufmerksamkeit gerade auf diese Steuer richten sollen, weil wir bei ihr die Ausgleichung mit den säd-

deutschen Staaten suchen sollen, deren Besteuerung eine andere ist. Aber, meine Herren, in jeder dieser Beziehungen ist das Steuerprojekt, das uns vorgelegt ist, sehr mangelhaft. Es bietet erstens wenig Aussicht, die Erträge um so viel zu steigern, wie sie durch die erhöhten Steuern gegeben zu sein scheinen — und ich werde Ihnen das aus der Erfahrung beweisen, daß die erhöhte Steuer durchaus nicht einen verhältnismäßig erhöhten Ertrag verdirbt; — sie eröffnet ferner auch nicht den richtigen Weg, der zu einem Ausblick mit Bayern führen könnte, weil die Schwierigkeiten dieses Ausblicks weniger in der Differenz der Höhe der Steuer liegen, als in der verschiedenen Methode, wie die Steuer erhoben wird. Aus manchen aber, meine Herren, bietet und diese Besteuerung eine Aussicht, daß wir eine Verbesserung des Bieres herbeiführen, wie sie der Herr Reichsanwalt erwartet, der meint, daß das Bier eher besser als schlechter dadurch werden wird. Wir haben ja schon mit der Biersteuer experimentirt; dem Kaiser haben wir die Maßsurrogate als Steuerobjekte hinzugefügt, und wir glaubten, daß wir dadurch einen bedeutend höheren Steuerertrag erhalten würden. Ja, meine Herren, wir nehmen so sehr mehr von der Steuer ein, denn der Herr Reichsanwalt hat Recht, wir trinken jetzt mehr Bier in Norddeutschland und weil wir mehr Bier trinken, ist der Ertrag im Ganzen gestiegen. Wenn man aber die Verrechnung so anstellt, wie viel Steuer fällt auf jeden einzelnen Hektoliter Bier, so findet man, daß die Steuer, trotz der Erhöhung derselben, die durch die Besteuerung der Surrogate bewirkt ist, doch abgenommen hat. Ich habe mir erlaubt, diesen Punkt schon im vorigen Jahre hier zur Sprache zu bringen; ich habe Ihnen damals gesagt: auf den Hektoliter Bier fiel vor der Besteuerung der Surrogate 87½ Reichspennig Steuer, nach der Besteuerung der Surrogate brachte der Hektoliter nur noch 85½ Reichspennig Steuer und jetzt legen uns die Motive der Vorlage die Ziffer 83 Reichspennig Steuer pro Hektoliter vor. Also, nachdem wir die Surrogate besteuert haben, von denen damals angenommen wurde, daß sie nach den gewöhnlichen Sätzen mindestens ½ Million einbringen sollten, erfahren wir jetzt, daß eine solche Zunahme des Ertrags gar nicht eingetreten ist. Das Publikum sagt aber, das Bier wäre viel schlechter geworden; und für diese Meinung des Publikums liegt auch ein äußerlich greifbarer Beweis vor, nämlich bei der Uebergangsabgabe, die von dem süddeutschen resp. bayerischen Bier erhoben wird, wenn es bei uns in die Steuergemeinschaft eingeführt wird. Sie ist nämlich viel schneller und stärker verhältnismäßig gewachsen, als die Einnahme aus der Steuer bei uns selbst. Also das Publikum hat die Kritik geübt, daß es, wenn es das fremde Bier irgend hat bezahlen können, lieber das theure importirte Bier getrunken hat, als das, was hier unter der gegenwärtigen Steuer gebraut wird, das es jetzt schlechter findet, als es unter der früheren Steuer gewesen ist. Nach den Erfahrungen also, die wir mit den Folgen der Steuererhöhung bisher gemacht haben, finden wir den derselben den Weg nicht, der zu einem Ausblick führt. Um dem Zustande in Bayern näher zu kommen, müssen wir uns demnach fragen: ist es nicht besser, die Methode der Besteuerung anzunehmen — über den Grad der Besteuerung zu sprechen ist ja später Zeit —, wie sie in Bayern geübt wird, bei welcher die Produktion zu einer so großen Vollkommenheit in dem Produkt selbst und zu einer so großen Rentabilität für die Produzenten geführt hat?

Meine Herren, der Gedanke liegt so nahe, daß jetzt selbst unsere Brauer sagen: wir sind so verächtlich mit den Surrogaten, und es hat ein so übles Vorurtheil bei dem Publikum erweckt, daß wir es vorziehen würden, wenn die bayerische Methode eingeführt, also die Surrogate ganz verboten würden. Dazu kommt noch ein anderer Punkt. Von den Surrogaten behauptet man, und sachverständige Gutachten haben es außer Zweifel gestellt, daß Surrogate, wie Traubenjuicer, Stärkezucker, noch in einem viel späteren Stadium dem Biere beigemengt werden können, um eine alkoholische Gährung herbeizuführen; dann entsteht es sich vollständig der Besteuerung, und daß eine solche Behandlung gerade nicht dazu dient, das Bier zu verbessern, liegt auf der Hand. Ob das unter Umständen in Bayern freilich nicht auch geschieht, kann ich nicht behaupten. Die Vorlage bringt einen Paragraphen, der ohne Zweifel mit diesem Verdacht in Verbindung steht, nämlich die Bestimmung, daß auch die Bageräume nach der Kontrolle der Steuerbehörde unterworfen werden sollen. Wenn nun aber das Bier schon aus der Brauerei herausgeschafft, schon beim Schankweih ist und der Schankwirth thut dies, was dann? Die weitere Kontrolle würde also wahrnehmlich nur den Zeitpunkt einer solchen Beimischung hinausschieben, würde ihn in ganz unsicherer Hände mit sehr mangelhaften Vorrichtungen bringen, überhört wieder zum Nachtheil der Qualität des Bieres. Will man also mit einem solchen Steuerertrag dem Nationalwohl, sowie dem gesunden Interesse dienen, eine Aufgabe, der sich doch die Steuererhebung nicht entziehen kann, so muß man die Sache anders angreifen. Der große Vortheil, den wir für die Stillschließung von dem Bier gehabt haben, ist bekanntlich, daß es den Brennwein verdrängt hat, indem es den Gesmack daran gewöhnt hat, ein Genußmittel zu nehmen, welches nur ein geringes Quantum Alkohol enthält gegen das starke Quantum, welches im Brennwein, als Genußmittel genommen, enthalten. Was thun nun aber die Surrogate? Durch das Maß erhält man in erster Linie auch die alkoholische Gährung, also Erzeugung von Alkohol, außerdem giebt es aber noch seinen Extractivstoff ab, der dem Bier den Gesmack von Hefe giebt, welcher dem Trinker die Befriedigung gewährt, die er von einem wirklichen Genußmittel zu erwarten berechtigt ist. Untersuchen Sie aber die Biere, die bei uns im Norden gebraut werden, so sind sie sehr mangelhaft in Bezug auf diesen Extractivstoff, der eben das Gefühl der Befriedigung auch bei einem geringen Grade von Alkohol gewährt. Sie sind aber viel stärker im Alkoholgehalt, weil die Surrogate gar keinen Extractivstoff oder nur einen sehr geringen enthalten. Sie werden nämlich nur für den Alkoholgehalt im Biere verwendet. Will man also den verderblichen Wirkungen des Alkohols überall entgegenzutreten, so muß man es dadurch zu erreichen suchen, daß der Gesmack des Biertrinkers nicht dadurch gefälscht wird, daß die Güte und die Stärke des Bieres nur nach der Menge des Alkohols beurtheilt, der in demselben enthalten ist. Wir haben aber auch noch das wichtige Interesse, für die Gesundheit zu sorgen. Wenn nachträglich die Surrogate zugefügt werden, so sind die Sachverständigen der Meinung, daß dann der Gährungsproceß ein mehr oder weniger verfallener ist, und die guten Brauer sagen selbst: „Wir würden glücklich, wenn wir nicht unter der schlechten Konkurrenz zu leiden hätten, die dadurch herbeigeführt wird, daß diese schlechten Biere auf den Markt gebracht werden.“

Neben dem Maß ist aber noch ein anderer Stoff im Bier, das ist der Hopfen, und es haben sich von allen Seiten gerade im Interesse der Gesundheit die Stimmen gegen die Surrogate des Hopfens erhoben; sie verlangen, daß, wenn man Maßsurrogate verbietet, dann auch zugleich die Hopfenurrogate verboten werden sollten. Der medizinische Kongreß in Brüssel, der in diesem Herbst abgehalten ist, hat sich mit dieser Frage über Bierproduktion und Bierbesteuerung eingehend beschäftigt; er hat ausgedehnte Vorarbeiten, auf deren Grundlage er seine Verhandlungen eröffnet hat, belesen, und die Verhandlungen selbst sind von sachkundiger und wissenschaftlicher Seite mit großem Eifer geführt. Das Resultat dieser Verhandlungen ist gewesen, daß der Kongreß sagt: wenn man Gesetze über das Bier machen und Bier besteuern will, muß man zuerst das Wort „Bier“ definiren. Was ist Bier? Bier ist nicht jede beliebige braune, mehr oder weniger dunkle oder helle Flüssigkeit, die unter diesem Namen von irgend Jemandem verkauft wird, sondern Bier ist ein Getränk von Maß und Hopfen. Was darüber ist, das ist vom Uebel! Was außerdem in das Getränk hineingehört wird, das ist eine Fälschung des Getränks und muß als solche verfolgt werden. Wenn Jemand Bier verkaufen will, denn darf er nur ein Getränk von Maß und Hopfen verkaufen. Wenn außerdem irgend ein gewandter Industrieller aus grüner Stärke oder Zuckerklee oder Gerstentriebe ein schönes Getränk glaubt machen zu können, so soll er es als alkoholisches, was es ist; er soll aber nicht sagen, daß es Bier sei, was er verkauft, und das Publikum hat einen Anspruch auf Schutz, weil es, was im Augenblick des Trinkens durch den Gesmack nicht sogleich zu erkennen ist, ihm also eine Fälschung dargeboten wird. Es liegt darin eine Täuschung des Konsumenten, der Bier verlangt und für Bier bezahlt und nicht für irgend einen anderen Stoff.

Die Motive unserer Vorlage gehen sehr leicht darüber hin, daß die Qualität des Bieres schlechter werden könnte. Herr von Schorlemer-Alst besorgt, daß, wenn diese Steuer eingeführt würde, die Qualität immer besser werden, so daß das Volumen immer kleiner wird. Ich

besorgte noch viel mehr, daß der Juck immer dünner und schlechter wird und dadurch den Juckern, für die das Genußmittel dienen soll, immer weniger entspricht. Wenn aber ein solches Konsumtionsmittel etwas schlechter ist, so kann man nicht sagen, es ist nur etwas weniger werth, also durch die Steuer etwas theurer geworden. Nein, wenn es schlecht ist, ist es häufig gar nichts werth, vielleicht sogar weniger als nichts, wenn es der Gesundheit schädlich ist.

Ich bin deshalb der Meinung: wenn wir an die Brauersteuer herangehen, so sollen wir uns Bayern darin nähern, daß wir die Maßsurrogate beiseitigen und zu gleicher Zeit ihm den Vortheil weiter bieten, daß auch die Hopfenurrogate beiseitigt werden. Diejenigen, die etwas Anderes als Getränk liefern wollen, mögen sagen, was es ist. Dann wird es sich finden, ob es steuerbar ist oder werden soll, aber nicht. Jedenfalls sollen sie das Ding bei seinem rechten und richtigen Namen nennen.

Wenn wir diese gemeinsame Grundlage gewonnen, so haben wir uns dann mit Bayern, Württemberg, Hessen, Baden und Elsaß-Lothringen zu beraten, welche Steuer für das Bier erhoben werden soll, damit wir endlich die inneren Zollschranken loswerden und die Uebergangsabgabe auf Bier beiseitigen. Die Uebergangsabgabe hat ja zwei Nachteile: einmal ist es ein Verkehrshinderniß im Innern des Reiches und eine durch keine Befähigung vermehrte Versteuerung, die Niemand, auch nicht dem Staate, zu gute kommt, und dann zweitens, so viel ich weiß, die bayerische Regierung noch eine Bonifikation für das Bier, als Entschädigung für die gezahlte Steuer, welches erpartirt ist. Die haben auf allen Gebieten die schlechtesten Erfahrungen mit diesen Bonifikationen gemacht in Bezug auf die Wirkung, die sie auf die Moralität der Bezieher haben, und ich würde es also auch im Interesse von Bayern schon hoch an schlagen, wenn wir bei einer gleichmäßigen Einrichtung bei der Steuer nicht mehr nöthig hätten, eine Uebergangsabgabe zu erheben, und es somit seinerseits davon befreit würde, eine Bonifikation zu erheben. Ich kann auch den Grund gegen die einheitliche Steuer für Reichszwecke, daß Bayern ein so viel stärkerer Konsument ist, nicht für so bedeutend anerkennen, daß wir darum von dem Versuch absehen sollten, um so weniger, als wir verschiedene besteuerte Konsumtionsartikel haben, die mit ihren Steuererträgen in den gemeinsamen Säckel hincingehen, die bei uns im Norden einen viel höheren Ertrag pro Kopf geben, als im Süden und speziell in Bayern. Wir haben zum Beispiel den Kaffee, der gerade in den ärmeren norddeutschen Gegenden sehr stark konsumirt wird, während Bayern verhältnismäßig wenig verbraucht. Wir haben außerdem den Zucker, der ein viel notwendigeres Lebensmittel ist, als das Bier, das doch in der That nur ein Genußmittel ist, das entbehrt werden kann.

Ich zweifle aber daran, daß wir schnell und verhältnismäßig leicht den Weg großer Steuerreformen beschreiten können, wenn wir uns nur erst anschließen, die Salzsteuer als die unbedingt ungerechte und wirtschaftlich schädliche fassen zu lassen, und uns dann andererseits entschließen, eine Steuer zu nehmen, die einen bedeutenden Ertrag zu liefern im Stande ist. Ich spreche es offen aus, wenn die eine Steuer gefallen ist, ist die andere die Meinung, daß wir aus dem Tabak eine beträchtlich höhere Steuer erzielen sollten, als bisher. Ob es bei dem Tabak nur in der Weise möglich ist, daß man ein Regal daraus macht — denn den Tabakbau zu verbieten, würde ich für ganz unzulässig halten —, oder ob die Wege noch nicht erschöpft sind, und ich glaube, es ist nicht der Fall, auf denen ein richtiges Steuersystem des Tabaks erzielt werden kann, welches zu einem höheren Ertrage führt, lasse ich dahingestellt. Ich glaube, daß es zweckmäßig wäre, als Vorbereitung zu einer Steuerreform, die uns zu befähigen hat, diese Wege von Neuem in Betracht zu ziehen und zu untersuchen.

Ich bin also der Meinung, daß diese Art der Erhöhung der Brauersteuer aus finanziellen und aus allgemein wirtschaftlichen Gründen nicht zulässig ist, daß wir darauf nicht eingehen können, besonders auch deshalb nicht, weil der Grund, die Nationalarbeit im Augenblick so viel zu vermindern, daß sie nicht mehr empfindlich für die einzelnen Staaten sind, uns nicht bestimmen darf, auf eine Erhöhung von indirekten Steuern einzugehen, die neue Belastungen bieten, ohne daß auf der anderen Seite eine Erleichterung geboten wäre.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Lucius (Erfurt) hat das Wort. Abgeordneter Dr. Lucius (Erfurt): Meine Herren, wenn ich auch nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion befürchten muß, daß dieselbe nur wesentlich eine akademische Bedeutung hat, so sehe ich mich doch genöthigt, durch die Angriffe, welche theilweise aus diesem Hause, theilweise aus der Presse gegen die Fraktion, der anzugehören ich die Ehre habe, erfolgt sind, meine Stellung zu den Steuervorlagen kurz zu präzisiren.

Auf unserer Seite existirt ebensowenig eine Neigung oder gar eine Schwärmerie für die Bemühen neuer Steuern wir anderwärts. Gewiß sind wir mit den Herren von der anderen Seite des Hauses der Ansicht, daß alle Steuern weniger drückend als neue Steuern, daß neue Steuern nicht eingeführt werden können ohne den Nachtheil einer dringenden Noth, eines dringenden Bedarfs, oder daß durch Einführung neuer zweckmäßiger Steuern alle ungewollte Erträge ersetzt werden sollen. Wir haben mit Ihnen im preussischen Abgeordnetenhaus dahin gewirkt, die unterste Stufe der Klassensteuer zu beiseitigen, wir haben mit Ihnen die Maß- und Schlachtsteuer abgeschafft, die wir für eine wenig erträgliche hielten, für eine solche, deren Erhebungskosten zu hoch waren im Verhältniß zu dem, was sie einbrachten. Wir stehen demgegenüber der Tendenz dieser beiden Steuervorlagen keineswegs feindselig gegenüber, weil wir darin die Tendenz suchen und fänden, durch dieselben neue Steuerquellen für das Reich zu eröffnen und dadurch die Nationalarbeit zu vermindern. Wir sind auf dieser (rechten) Seite des Hauses der Meinung, daß es des Bundes, welches die Nationalarbeit sein sollen, für die deutsche Einheit nicht bedarf. Wir sind der Meinung, daß es eine Illusion ist, wenn man meint, das Gefühl der Staatsangehörigkeit durch die Erhöhung direkter Steuern besonders steigern zu können. Meine Herren, in einem Staate der allgemeinen Wehrpflicht, wie es das deutsche Reich ist, brauchen wir dieses Mittel nicht. Außerdem glaube ich, es ist, wenn es richtig ist, daß die Nationalarbeit durch auf ungerechten Grundlagen beruhend, daß in den einzelnen Staaten sehr verschiedene wirken, doch unter gemeinsamen Interesse, die Nationalarbeit nicht großen Schwankungen auszuliegen, sie wünschlich auf einem gleichen Niveau zu erhalten oder, wenn es geht, sie ganz zu beiseitigen. Daß danach immer noch bewegliche Punkte im Etat bleiben, an denen der Reichstag sein Budgetrecht üben kann, scheint mir zweifellos, und wir würden, wie neulich schon der Herr Abgeordnete Richter angedeutet hat, und wie es in früheren Budgetberatungen schon geschehen ist, uns keineswegs gegenüber der Idee der Einführung einer allgemeinen Reichseinkommensteuer unter gewissen Voraussetzungen ablehnend verhalten.

Ein anderes Moment, was zu Gunsten der vorliegenden Steuervorlagen nach unserer Meinung sprach, ist der Gesichtspunkt, daß sie unter die Kategorie der indirekten Steuern fallen. Es ist ja theoretisch über den Werth der direkten und indirekten Steuern viel gesprochen worden, aber das Faktum ist unbestreitbar, daß, wenn wir in Preußen und wahrscheinlich auch in anderen Partikularstaaten über den Steuerdruck überhaupt klagen, diese Klagen wesentlich bedingt sind durch die Höhe der direkten Steuern.

Es kommt dazu, daß bei uns die Kommunen wesentlich darauf angewiesen sind, ihre Bedürfnisse durch Zuschläge zu den direkten Steuern zu gewinnen, und daß diese Zuschläge in einzelnen Städten und auch schon in ländlichen Kommunen eine Höhe erreicht haben, die an das Unerträgliche grenzt. Das wird Jeder zugestehen, der in der Kommunalverwaltung, sei es in einer städtischen oder in einer ländlichen Kreis-Kommunalverwaltung, steht. Sie begegnen dem größten Widerstreben, ja geradezu einem Sturm der Entrüstung, wenn Sie für die nothwendigsten und zweckmäßigsten Dinge Vorschläge machen, — ich meine nur Begebung, Schul- und Armenpflege, zu deren Bewirkung die Voraussetzung eine Steigerung der Kreissteuern bildet.

Wenn man in Frankreich, auf dessen Verhältnisse vielfach exemplifizirt ist, auch heute wieder, keine Klagen über Steuerdruck hört — ich habe noch im letzten Sommer Gelegenheit gehabt, auf einer Reise dorthin dieselbe Beobachtung persönlich zu machen —, so liegt das, wie ich glaube, wesentlich auf dem Gebiet: Sie haben in Frankreich direkte Steuern für Kommunalzwecke überhaupt nicht. Die Kommunalbedürfnisse werden sämmtlich durch indirekte Steuern gewonnen und wenn Sie die verschiedenen Steuerprojekte Neues passiren lassen, die Frankreich sowohl für den Staat, als für die Kommunen seit dem Kriege

erlaubt hat, so werden Sie fast ausschließlich Zuschläge zu den Zöllen, zu den indirekten Steuern haben. Die Reichsbedürfnisse Frankreichs seit dem Kriege betragen jährlich nach Kolbe's Statistik 760 Millionen Franken. Die Nationalverleumdung hat im Jahre 1871 die Steuer auf Zucker pro 100 Kilo auf 60 Franken erhöht, Kaffee 150, Thee 900, Kakao 100 u. s. m., genug, die Bekanntheit der indirekten Steuern beträgt in Frankreich 70 Prozent sämmtlicher Staatsentnahmen, die direkten Steuern nur 18 Prozent; also kaum 1/5 sämmtlicher Steuern wird in Frankreich auf diesem Wege aufgebracht, und abgesehen davon sind die Kommunen nicht genöthigt, selbst noch direkte Steuern zu erheben.

Es scheint mir daher in der That sehr erwägenswerth, ob wir uns nicht diesem System nähern sollen, welches in einer weniger drückenden Weise dem Staate, dem Reiche neue Finanzquellen eröffnen würde. Meine Herren, wir und die Fraktion, der ich speziell angehöre die Ehre habe, sind daran gewöhnt, daß uns Vornurtheile gemacht werden, schmerzliche Tendenzen zu haben. Ich für meine Person und auch für die Mehrzahl meiner Parteigenossen stelle das auf's Entschiedenste in Abrede. (Hört, hört!) Wir sind für die Finanzzölle, und ich glaube, gerade die Erfahrung anderer Länder empfiehlt dieselben. Ich werde den Herren dankbar sein, wenn sie mir sagen, wo der Finanzzoll überhaupt aufhört und wo der Schutzoll anfängt. Jeder Finanzzoll wird von einem gewissen Punkte ab Schutzoll, wenn er ein Produkt besteuert, was wir im eigenen Lande hervorbringen. Der höchste Zoll, den wir haben, der Kaffeezoll selbst, wird für die Kaffeesurrogate als Schutzoll wirken, das ist unermesslich. Ich bin keineswegs für die Prohibitivzölle, aber daß man Zölle, die einen hohen Ertrag liefern, ohne Weiteres abschaffen soll, das ist mir von dem Momente an bedenklich, wo die Nothwendigkeit hervortritt, sie durch Zuschläge zu den direkten Steuern zu ersetzen. Wir werden uns mit den Vertretern der Freihandelspartei einigen, auf dem Gebiete eine Vereinfachung des Zolltarifs herbeizuführen. Es ist bekannt, daß ungefähr 88 Prozent der sämmtlichen Zollerträge durch 15 Artikel geliefert werden; 8 Artikel liefern allein 65 Prozent; wir werden uns also keineswegs gegenüber einer Reform des Tarifs nach der Richtung hin feindselig verhalten, eben weil wir für die Finanzzölle sind. Wenn in zweiter Linie ein Zoll zu Gunsten der einheimischen Industrie wirkt, so ist das doch keineswegs ein Grund, sich dagegen feindselig zu verhalten. Wir haben ein sichereres Interesse, unsere einheimische Industrie zu fördern, die Steuerkraft und den Wohlstand des Landes zu steigern, und wir werden darin kein Motiv finden können, den Zoll herabzusetzen, weil möglicherweise derselbe einer oder der anderen Industrie förderlich ist; nicht in unbilliger Weise, nicht in der Weise, wie es die Prohibitivzölle thun.

Meine Herren, der Herr Finanzminister hat in seinen neulichen Ausführungen unter dem Beifall des Hauses seine konstitutionelle Gesinnung betont, indem er den Satz ausgesprochen hat: die Regierung habe zu weichen, wenn eine Differenz zwischen dem Reichstage und der Regierung vorliegt. Der Herr Abgeordnete Dr. Lasker hat ihm versichert, daß eine Differenz zwischen dem Reichstage und der Regierung nicht vorhanden sei, ich bin derselben Meinung und habe denselben Wunsch und dasselbe Bestreben, dieses Einvernehmen zu erhalten. Allein ich meine, dazu gehört doch, daß der Reichstag weiß, welche Ziele die Reichsregierung verfolgt. Dieses Verständniß wird aber erschwert, wenn uns Steuervorlagen gemacht werden und gleich mit der Vorlage eigentlich schon die Beiseitigung dieser Position aufgegeben ist.

Wir haben von dem Herrn Finanzminister eine herbe Beurtheilung der Diskontopolitik der preussischen Bank gehört. Ich glaube, nach dem Urtheile der Geschäftswelt ist die Leistung der preussischen Bank bisher als mangelhaft betrachtet worden. Ist sie das nicht, so sollte man glauben, es wäre der Herr Finanzminister, der sowohl dem preussischen Ministerium als auch dem Bundesrathe angehört, dem auch der höchste Chef der preussischen Bank ebenfalls angehört, eine Erklärung in dieser Richtung zu ertheilen. Der Reichstag kommt aber offenbar in schiefer Stellung, wenn er diesen Äußerungen nothwendig entnehmen muß, daß hier Widersprüche obwalten. Ich glaube auch, der Verlauf in dieser Diskussion, wie auch damals bei der Berathung des Bankgesetzes, schiebt die Verantwortung für die Vorlagen gewissermaßen auf die Reichsvertretung, er schiebt sie auf den Reichstag, während nach den konstitutionellen Ansichten doch sicher die Regierung die Initiative und die Verantwortung für die Finanzvorlagen, die uns zugehen, gebührt. Ich glaube, die Regierung sollte überhaupt nicht Finanzvorlagen und Steuervorlagen in dieses Haus bringen ohne die zwingendsten Gründe, ohne die entscheidendste Ueberzeugung, daß Grund vorliegt, dieselben mit aller Energie durchzusetzen, oder sie sollte überhaupt solche Vorlagen nicht bringen. Handelt sie anders, so verliert nothwendig die Regierung die Initiative in den wichtigsten Fragen, sie schädigt ihr eigenes Ansehen und ihre Würde, sie desorganisiert die parlamentarischen Parteien, die es sich aufrichtig zur Aufgabe gestellt haben, die Regierung in der Politik zu unterstützen, sie heurächtigt ferner die großen Kreise der Gemeinheitsbewegung durch fortwährend neue Steuerprojekte, die sie dann schließlich durchzuführen nicht die Kraft hat. Ich meine, daß die Verhältnisse, die uns, die Reichsvertretung und gerade die Parteien, die mit der Regierung zu gehen wünschen, in die schiefste Lage bringen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat neulich in seiner Rede wiederholt sich als Redner der Majorität bezeichnet; wenn er damit bezeichnet will, daß er Führer der Majorität ist, so glaube ich, wird er darin Unrecht haben. Ich glaube, die Majorität des Hauses folgt seinen Ausführungen, die auf den eingehendsten Studien beruhen, stets mit der größten Aufmerksamkeit, und sie ist ihm auch zu Dank verpflichtet für die vielseitige Beleuchtung, die er dem Etat hat widerfahren lassen, für die Gelegenheit, die er der Regierung giebt zu Klärungen, allein die zuhörende und beschließende Majorität ist doch nicht identisch. Ich glaube, wir können sowohl für uns, als auch für die Fraktion der Konservativen im Ganzen in Anspruch nehmen, daß wir im Verein mit den Nationalliberalen der großen Majorität angehört haben, die recht eigentlich der Träger der Gesetzgebung des deutschen Reichs gewesen ist seit Gründung des norddeutschen Bundes, während der Herr Abgeordnete Richter mit seinen speziellen Parteigenossen sehr vielfach bei den größten und fundamentalsten Fragen sich in Opposition befunden hat. Ich meine deshalb, wir können es wohl von uns abweisen, in der, ich kann es nicht anders sagen, wegwerfenden Weise behandelt zu werden, wie es bei der neulichen Diskussion über die Etatsberatung geschehen ist.

Wir werden uns künftig wie bisher den vorliegenden Aufgaben nicht entziehen; wir werden mit Ihnen gemeinschaftlich die Finanzvorlagen prüfen, wir werden unbedingte Forderungen mit Ihnen ablehnen, wir werden aber auch ganz gewiß im Verein mit Ihnen hofentlich unterstützen die Mittel bewilligen, welche dazu gehören, um das deutsche Reich auf der nationalen Höhe zu erhalten, die es nur durch blutige Opfer der Gesamtheit des Volkes erkämpft hat.

(Schluß folgt.)

Sitzung von 26. November.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats für das Jahr 1876.

Die Posten: fortdauernde Ausgaben und Einnahmen für den Rechnungshof und das Ober-Richts-Handelsgericht werden schlußweilig genehmigt.

Beim dritten Punkt: Post- und Telegraphen-Verwaltung, nimmt zu Titel 1 (Posto) Schmidt (Stettin) das Wort, ohne daß es ihm jedoch möglich ist, die Aufmerksamkeit des Hauses auf sich zu lenken und verständlich zu werden. Er scheint zu wünschen, daß ein neuer Vertrag zwischen Post- und Eisenbahn-Verwaltung getroffen werden müsse, um größere Vortheile für das korrespondirende Publikum zu erzielen. Abner wird, weil das Telegraphenwesen noch nicht an der Reihe, zur Sache gerufen und schließt.

Hierauf erfolgte zwischen Viehnecht und dem General-Postdirektor Stephan eine scharf Controverse über Verlegung des Briefgeheimnisses; wir werden dieselbe nach dem stenographischen Bericht bringen.

Bei dem Titel des Etats, welcher von den Gehältern der Postsekretäre, Briefträger und sonstigen Angestellten handelt, nahm Hasselmann das Wort, um, wie im vorigen Jahre, dar-

auf hinzuweisen, daß jene Beamten unter den jetzigen Verhältnissen durchaus nicht menschenwürdig existieren könnten, indem die Gehälter durchaus nicht in demselben Grade gestiegen seien, wie die Lebensmittelpreise. Selbst eine Erhöhung der Postsekretär-Gehälter um 20 bis 25 pCt. und der Unterbeamten um 50 pCt. werde nur bewirken, daß die Beamten schließlich in dieselbe Lage versetzt würden, wie vor 20 Jahren.

Nach der Rede des Abgeordneten Hasselmann, welche vom Hause mit auffälliger Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde, ergriff der Erminister von Meppen (Windthorst) das Wort, um zu dokumentieren, daß allerdings dies und das sehr bedenklich bestellt sei, daß man aber solchen Verhältnissen nicht mit „utopischen Anforderungen“, wie sie zum Theil ausgesprochen worden seien, begegnen dürfe. Hasselmann's Forderung — Besserstellung der Gehälter behufs einer menschenwürdigen Existenz für niedere Postbeamten — erscheint dem Herrn Erminister als eine utopische! — Wie mag nach dieser Vorstellung des ultramontanen Sprechers, das Reich des Ultramontanismus wohl in Zukunft ausseh'n sollen! — Eine menschenwürdige Existenz eine Utopie! — Oh richtig! Die Aristokratie der päpstlichen Gottesmänner, denkt wahrscheinlich bei solcher Gelegenheit an ihr Proletariat in der Rute, an ihre weltliche Bettelpriesterchaft. — Gut vorgeht, Herr Erminister! Man muß ja seine Prärogative wahren, durch die man sich künftig die Hände bindet, wenn das Reich der Kirche dereinst seinen Haushaltungsplan zu regeln hätte. Gatte, sagen wir und beruhigen uns dabei um so mehr, als Herr Windthorst uns heute auf ganz bedenklicher Höhe erschienen ist. Die große Zahl der Beamten scheint ihm die Hauptursache des Übels zu sein. Das war früher bei den Einzelstaaten nicht so (oh!), da gab es dieses Heer von Beamten nicht! — Der Herr Erminister beliebt hier einzuhalten, ohne Spezialitäten genannt zu haben, und wahrscheinlich hörte er im Geiste bei dieser Gelegenheit den Flügelschlag der Schatten des seligen Bundestags. Wie schade, daß der Herr Redner nicht daran erinnerte, daß Tausende von Postboten, Gehäusen und Assistenten sich die Lungen suchten an den Hals laufen und hocken, während die mehr oder minder geheimen Ober- und Unter-Inspektoren, Räte, Direktoren u. c. das Heer der Pfände darstellen helfen. Reint der Herr Windthorst dieses, dann sind wir mit seiner „anti-utopischen“ Klage einverstanden. Aber Herr General, möchten wir fragen, wo bleiben denn Ihre tapferen Truppen? Warum ergreifen Sie nicht den Nothruf, damit Ihre Sehnsucht sich erfülle und das hohe Beamtenheer gelichtet werde? Jaded, man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, so dachte wahrscheinlich auch Herr Windthorst und überließ es Herrn Sonnemann, zunächst für eine Gehaltserhöhung der Telegraphenboten einzuspringen. Man mag es mit kleinen Anfängen versuchen, sagt Herr Sonnemann, wenn man Ernst machen will.

Alle Redner nach diesen befragten die Kritik für Bagatell-sachen und so konnte denn das Präsidium, nachdem noch Herr Valentin von dem Erbrecht auf Schlupantragsstellung Gebrauch gemacht, mit dem Schluß der Beratung über „Post- und Telegraphenverwaltung“ die Tagesordnung für erledigt erklären und die nächste Sitzung auf Dienstag Mittag 12 Uhr anberaumen. Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1876, sowie der Antrag des Abgeordneten Schulze-Delephsch auf Abänderung des § 32 der Verfassung (Diäten) stehen unter Anderem auf der Tagesordnung.

Wißt des erwürgten „freien Wahlrechts“, warum verfolgt du mich unablässig, mag Herr Schulze ausrufen und der Sünden des norddeutschen Reichstages eingedenk sein!

Aus der Krankenkassen-Kommission ist Folgendes zu berichten:

Zur Beratung kommt § 11. Anträge dazu sind gestellt:
I. § 11, Absatz 1, an Stelle von 13 Wochen
a) zu setzen „6 Monate“.

b) § 11, Absatz 1, den zweiten Satz folgendermaßen zu fassen:

Sie müssen während dieser Zeit täglich am Ort, wo eine öffentliche Kranken-Anstalt vorhanden ist, sowohl für männliche wie für weibliche Mitglieder den Betrag des geringsten, in dieser Anstalt geltenden, Pflege-geldes, an anderen Orten“ u. f. w., wie im Entwurf.

II. 1) hinter „13 Wochen“ in der zweiten Zeile einzuschalten: „höchstens 52 Wochen“.
2) in dem zweiten Absatz die Worte: „jedoch höchstens bis zu zwei Dritttheil desselben“ zu streichen.

Absatz 1 in der Regierungs-Vorlage bestimmt ein Minimum von 13 Wochen als Unterstützungspflicht für die Rassen; ferner: daß die Unterstützung für Männer mindestens die Hälfte, für Frauen ein Dritteltheil des ortsüblichen Tagelohns, welcher von den Gemeindebehörden festzustellen ist, betragen muß.

Diese Bestimmung wird von Seiten der Regierung durch die Erklärung verteidigt, daß eine Statistik über die im Durchschnitt gezahlten Unterstützungen einer großen Anzahl von Rassen zu Grunde gelegt sei; was die Höhe des ortsüblichen Lohnes betreffe, so sei hiemit nicht der Arbeitslohn für Fabrikarbeiter und Handwerker, sondern der Tagelohn gemeint, und dieser übersteige im Durchschnitt nirgends 20 Groschen, erreiche selbst in Berlin die Höhe von 1 Thaler nicht. Die hier von der Regierung in Aussicht genommene Unterstützung eines halben Tagelohns beziffere sich mithin auf 10 Sgr. Wenn das Minimum der Unterstützung, wie von einer Seite beantragt, auf „6 Monate“ statt „13 Wochen“ erhöht werde, so würde eine Menge Rassen leistungsunfähig werden; ebenso müsse erfahrungsgemäß für Männer eine höhere Unterstützung, als für Frauen, gewährt werden.

Mit Recht werden von einer Seite Bedenken erhoben, daß, wenn die Gemeindebehörden die Einschätzung vornehmen sollen, ihnen hiermit eine Handhabe zur Steuerbelastung geboten wird und ihre Einschätzung oft sehr willkürlich ausfallen dürfte.

Ferner wird hervorgehoben, daß es besser sein würde, Rassen, welche kleinere Beiträge, als der Minimalatz bedingt, ebenfalls die Vortheile, welche die als „juristische Person“ anerkannten Rassen erhalten, zu bewilligen; denn es gelte, alle dem, was auf eine sociale Umwälzung hinarbeite, entgegenzuwirken, und dies könne nur am zweckmäßigsten dadurch geschehen, wenn so viel, wie möglich, sämtliche Rassen der Vortheile des vorliegenden Gesetzes theilhaftig würden; jeder daran partizipirende Verein verliere dadurch an Gefährlichkeit.

Wir würden in diesem Sinne sagen: „Rettet die große Masse an ein kleines Eigenthum und jeder Einzelne glaubt durch radikales Vorgehen seine Interessen geschützt.“

Ober, wie Lassalle sagt, jeder in Dürftigkeit lebende Kleinbauer, der nur ein Acker hat, glaubt die Interessen der Besitzenden vertreten zu müssen.

Von Seiten der Regierung scheint eine andere Auffassung vorherrschend zu sein, da die Befürchtung ausgesprochen wird,

daß Rassen mit geringen Beiträgen am leichtesten zu anderen Zwecken mißbraucht werden könnten.

Wie wenig praktische Erfahrung oft der Einzelne verräth, geht daraus hervor, daß bestritten wurde, viele Krankenkassen gingen aus kleinen Anfängen hervor und entwickelten sich immer größer, vielmehr sei das Umgekehrte der Fall.

Man ersieht hieraus, an jedes Arbeiter-Unternehmen wird die Gründer-Schablone als Maßstab gelegt.

Nachdem nochmals darauf hingewiesen, man müsse selbst die kleinste Kasse zu bewegen suchen, sich unter das Gesetz zu stellen, da so einem Mißbrauch am besten vorgebeugt werde und das Bestehen der sogenannten wilden Rassen nach Kräften zu inhibiren sei, andererseits das Bestehen der freien oder wilden Rassen befürwortet worden, ergiebt die Abstimmung, daß § 11 so bleibt, wie er in der Vorlage steht.

Nicht ohne Interesse scheint es uns zu sein, die Ansicht der Regierung über Rassen- und Vereins-Beiträge der Arbeiter im Allgemeinen hier zu bemerken; es wurde von jener Seite hervor-gehoben, daß meist alle Beiträge gegenüber den Anforderungen, welche die Mitglieder stellen, zu niedrig seien und dies müsse den Arbeitern beigebracht resp. verständlich gemacht werden.

Wenn wir hiernach in Betracht ziehen, wie wenige Arbeiter-kassen und Vereine trotzdem Bankrott machen, so glauben wir, kann wohl niemals den Arbeitern ein besseres Compliment für die weise und sparsame Verwaltung der unter ihrer Aufsicht stehenden Gelder gemacht werden sein.

§ 12 wird dahin geändert, daß es im ersten Absatz statt „das Vierfache“, „das Fünffache“ zu stehen kommt.

Absatz 2 des § 12 wird dahin erweitert, daß hinter dem Wort „Mitgliedern“ eine Bestimmung eingeschaltet wird, welche es erlaubt, ärztliche Hilfe, wie Arzneikosten, der Familie des Mitgliedes zu gewähren.

§ 13. Die Regierungs-Vorlage wird ohne Widerspruch angenommen.

§ 14. Im Absatz 1 wird das letzte Wort „Aufsichtsbehörde“ in „Gemeindebehörde“ ungeändert; sonst unecändert angenommen.

Zu § 15 ist folgender Antrag gestellt:

Am Schluß hinzuzufügen: „Durch Verlust der Beschäftigung kann der Ausschluß nicht begründet werden.“

Es laufen jedoch während der Diszussion noch mehrere Anträge ein, u. A. daß der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Krankenkasse nicht erfolgen kann, wenn dasselbe seine Beteiligung an einem Streik, einem Arbeitsausfluß oder an einer Handlung, welcher ein politischer oder religiöser Zweck zu Grunde liegt, verweigert.

Ferner: Daß in dem Statut nur solche Bestimmungen aufgenommen werden dürfen, welche mit dem Zweck der Kasse in Verbindung stehen, u. f. w.

Bei diesem Paragraphen handelte es sich bei einem Theile der Kommission namentlich darum, den gefallenen § 6 durch's Hintertüchlein hereinzuschlüpfen zu lassen, was natürlich von Seiten der Regierung mit Freuden begrüßt wird. Ein anderer Theil glaubt hier den richtigen Kampfplatz gefunden, um für die Fabrikassen eine Lanze einlegen zu müssen und so dürfen wir uns denn auch nicht wundern, wenn wir hören, die Fabrikassen machten dem Arbeitgeber wohl viele Mühe und Arbeit, der Vortheil liege aber nur auf Seiten der Arbeiter. (Gott, wie gütig!)

Lieber möge man die Fabrikassen zu Grunde gehen lassen, als daß social-demokratischen oder sonstigen Vereinen Vortheile eingeräumt würden; man könne keinem Arbeiter zumuthen, Arbeiter in seiner Fabrik-Krankenkasse zu haben, welche bei einem seiner Konkurrenten in Arbeit ständen, einem solchen Verhältniß würde gewiß durch Auflösung der Kasse sofort vorgebeugt werden.

Die Regierung wünscht sehr das Fortbestehen der Fabrik-Krankenkassen, will nur den Vorwurf, welcher vielfach von social-demokratischer Seite kommt und sich auf die durch jahreslanges Einzahlen erworbenen Rechtsansprüche begründet, begeben.

Nach ihrer Ansicht haben Arbeiter aus Krankenkassen, in welche Fabrikanten einzahlen, nach einigen Jahren mehr erlangt, als sie durch einen Beitrag an Unterstützung hätten erhalten können, und theoretisch sei es jedesfalls richtig, wenn Arbeiter aus einer Fabrik austreten und in der Krankenkasse bleiben wollten, daß sie einen Prozentsatz, der dem Beitrag des Fabrikanten entspreche, bei ihrem Verbleiben in der Fabrikasse mehr zahlten, ob dies jedoch praktisch durchführbar, sei fraglich.

Für's Andere müsse sich die Regierung gegen die Absicht verwahren, als ob sie Vereinen, wie z. B. die angeführten Arbeiter-, Turn- und Gewerksvereine, es verwehren wolle, unter sich Krankenkassen zu gründen und zu erhalten; Zweck sei, zu verwehren, daß bestimmte Handlungen der Vereine den Rassenmitgliedern als Pflicht auferlegt würden.

Gegenüber den so sehr verschiedenen Auffassungen, macht sich auch die gemäßigte Ansicht geltend, man brauche weder zu fürchten, daß durch das vorliegende Gesetz der Staat aus seinen Angeln gehoben werde, noch daß das Ziel der energischen und lebensfähigen Vereine dadurch verriecht werden könne.

Angenommen wird die Fassung des Paragraphen mit folgender Zusatzbestimmung: „Jedoch können wegen des Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Verein, Mitglieder, welche der betreffenden Krankenkasse drei Jahre angehört haben, nicht aus dieser ausgeschlossen werden.“

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. November.

Die **Strafgeschwovelle** ist nunmehr dem Reichstage zugegangen. Durch dieselbe werden 53 Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches ganz oder theilweise durch neue ersetzt, außerdem hinter anderen 8 Paragraphen neue Zusätze eingeschaltet.

Die Verhältnisse in den **Berliner Maschinenbau-Anstalten** erweisen sich nach der „Vollzeitung“ als höchst traurig. So arbeiten in der Böhler'schen Fabrik von den früher beschäftigten 1300 Mann nur noch 400. Einzelne Werkstätten sind gänzlich geschlossen. Bei Schwarzkopf, wo eine mäßige Entlassung der Arbeiter erfolgt ist (von 1700 im Jahre 1874 Beschäftigten arbeiten noch 1000) ist gegenwärtig noch Arbeit vorhanden, es haben aber verschiedentlich Lohn- und Alterszüge stattgefunden. Am bedauerlichsten sieht es in der Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf (früher Pfug) aus. Von den im Jahre 1873 beschäftigten 2140 Mann stehen nur noch 600 Mann in Arbeit, um die Personenvogel der Lübeck-Büchener, sowie die Personen- und Gepäckwagen der Berlin-Stettiner Bahn bis zu Neujahr fertig zu stellen. Die Gesellschaft hat noch eine Bestellung von 100 neuen russischen Güterwagen für die Linie Kursk-Kiew, sowie zwei Salonwagen der k. k. Ostbahn zur Ausbesserung übernommen. Die Schmieden stehen indes verdet, und die großen Dampfhammer haben längst ihre Thätigkeit eingestellt. Bei Hoppe, Sigel und Wedding wird zwar immer noch fortgearbeitet,

die Ausichten zum Winter sind aber auch für diese Establishments nicht die besten. In den Borfig'schen Werkstätten am Oranienburger Thore hat die Arbeitslosigkeit so zugenommen, daß meist nur non 8^{1/2} Uhr Vormittags bis 4 Uhr gearbeitet wird. Die Noth unter den Arbeitern ist deshalb groß. Nach den Abmeldungen bei der General-Krankenkasse der Maschinenbauer beläuft sich die Zahl der entlassenen Arbeiter seit dem Jahre 1873 auf über 7000; im Ganzen hat diese Klasse 3000 Mitglieder verloren.

Das Berliner Polizeipräsidium erläßt folgende **Verlautbarung**: „Durch Beschluß der Rathskammer des hiesigen Stadtgerichts vom 26. d. M. ist die vorläufige **Schließung** der beiden sogenannten Mitgliedschaften des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes zu Berlin und Moabit, dessen Centralverein zur Zeit in Hamburg seinen Sitz hat und des Berliner Puffer-Club hier selbst ausgesprochen worden. Es wird dieses hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach § 16 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 die Beteiligung an einem auch nur vorläufig geschlossenen Verein als Mitgliedschaft mit Geldbuße von 5 bis 50 Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten zu bestrafen ist.“

Wie angebracht die Mahnung Hasselmann's im Reichstage war, man möge von oben mit dem **Sparen** anfangen, zeigt folgende Mittheilung Berliner Blätter. Den elf Rangmeistern auf dem Berliner Ostbahnhofe sind bisher alljährlich mit Beginn des Winters Pelze und Stiefel geliefert worden, damit dieselben bei ihrem beschwerlichen zwölfstündigen Dienst gegen Wind und Wetter geschützt sind. Auch in diesem Jahre sind diesen altgedienten Beamten die Winterfachen verabfolgt worden, doch kaum hatten sie dieselben ein wenig konservirt, so erging die Aufforderung an sie, binnen acht Tagen Pelz und Winterstiefel an das Depot zurückzuliefern, da sie keinen Anspruch darauf hätten. Welche Stimmung dieser neue Befehl unter diesen im Dienst ergrauten Männern hervorgebracht hat, kann sich Jeder leicht denken. Aber damit nicht genug. Die bisher für Ueberführung von Wagen fremder Bahnen nach der Verbindungsbahn den Rangmeistern gewährte Gratifikation von 1 Mark pr. Transport, wodurch dieselben zu ihrem kargen Einkommen eine Zulage von ca. 15 Mark monatlich bezogen, ist ebenfalls für 10 dieser Beamten in Fortfall gekommen. Und dabei denke man, wie splendid der Reichstag ist, indem er allein 300,000 Mark für den Umbau des für den Reichsanzler erworbenen Palastes verwendet!

Zur Charakteristik der liberalen Presse diene nachstehender **Exkurs** der „**Elberfelder Zeitung**“, welcher, wie es gewöhnlich mit Entstellungen der Wahrheit der Fall ist, die Kunde durch die ganze Presse macht. In einem Bericht über die Volksversammlung am vorigen Sonntag in Barmen heißt es wörtlich:

„Hasselmann erklärte, die freie Meinungsäußerung sei im Reichstage thatsächlich vernichtet und unterdrückt, den socialistischen Abgeordneten würde gegenwärtig in einer geradezu infamen Weise von der Majorität das Wort abgeschnitten. Geschehe das noch weiter, so würden sie am Schluß der Session einen Scandal provoziren und erklären, daß im Reichstage die Meinung des Volkes gefälscht würde, und dann wollten die socialistischen Abgeordneten ihr Mandat niederlegen.“

Die vorstehende Notiz beruht auf einer vollständigen Entstellung der Wahrheit, wie schon aus der Phrase von der Mandatsniederlegung erhellt, da die Socialisten ihren Gegnern gewiß nicht den Spas machen werden, von der Arena abzutreten. Und es hat Hasselmann dies ausdrücklich erklärt.

Hasselmann hat allerdings ferner dies planmäßige Mundtodtmachen der Socialisten durch Valentin'sche Schlupanträge und nationalliberale Stimmenkolonnen scharf gezeihelt, indem gerade bei den wichtigsten Anlässen, den General-Debatten zum Landsturmgesetz, Invalidenfonds und Budgetberatung, von allen Parteien mindestens je einem Redner das Wort gestattet wurde, aber nicht einem einzigen Socialisten. Er hat dann darauf hingewiesen, daß die Socialisten trotzdem ausharren würden, bis die wichtigen Debatten erschöpft seien, um stets bereit zu sein, den Gegnern die Stirn zu bieten. Mähten die Nationalliberalen sie aber auch dann mundtot, so dürften die Socialisten einen solchen Scandal, der das allgemeine Wahlrecht illusorisch machte, nicht dulden, sondern mühten durch einen Protest dafür sorgen, daß er dem Volke allerorts bekannt werde. Statt dann noch die Statisten des Reichstages zu bilden und die Meinung aufkommen zu lassen, man höre dort jede Partei, mühten sie dann in die Mitte des Volkes treten und in Volksversammlungen die Wahrheit enthüllen, wie Lassalle es 1864 gefordert habe. Und das Volk werde dann nicht den liberalen Mundtodtmachern zustimmen.

Am 19. November sind unweit **Fordach** auf der Steinlohlengrube bei Carlingen, der Aktiengesellschaft „Saar und Mosel“ gehörig, zehn Bergleute mit dem Fördergestell in den Schacht gestürzt. Das Unglück ist dadurch veranlaßt, daß durch einen Schraubenbruch beide Bobinen, um welche sich das Drahtseil wickelt, zerbrochen wurden und in Folge davon das Fördergestell bei 365 Meter Tiefe im Schachte hängen blieb, während das andere mit den darauf befindlichen Leuten hinabstürzte. Da die Maschine betriebsunfähig geworden ist, konnten die Leichen noch nicht zu Tage gefördert werden. Und trotzdem, daß diese Leute Tag für Tag ihr Leben für das Kapital auf's Spiel setzen, werden sie mit wahrhaften Hungerlöhnen abgefüttert.

Aus den **italienischen** Blättern vom 15. November lassen sich für diesen einzigen Tag fünfzehn Nordthaten feststellen, die meist mit Dolch oder Revolver an verschiedenen Orten Italiens verübt wurden. Bei einigen derselben blieben die Thäter unentdeckt. Das sind die Früchte, welche die Herrschaft des Kapitals treibt.

Aus **Petersburg** bringt der in London erscheinende „Vorwärts“ unter dem Titel: „**Fliegende Briefe**“ interessante Details über die vollständige Demoralisation und innere Zerfressenheit der dortigen hohen und höchsten Gesellschaftskreise. — Der Artikel widmet namentlich dem jetzt bei Hofe so beliebten Börsenspiel ein ganzes Kapitel und sagt darin u. A.: „Alles spielt, Großfürsten, Senatoren, Generale u. f. w., Alles huldigt diesem „Sport“ und wenn nun auch der russische „Reform“-Paß ein kleines Jeu verschmäht, so geschieht dies lediglich darum, weil es doch nur aus der Kiste in die Beilade fallen würde; die Reichskasse giebt ja her ohne Ende.“

Warum soll Rußland nicht auch seine Gründer haben, wie Wien, Berlin, Paris, London; und namentlich wenn das Geschäft ein so sicheres ist, wie hier. Der Hauptmacher, Baron Küster, würtlicher Geh.-Rath und Gelschranfverwalter des kaiserlichen Hofjagers, bildet das Centrum der erlauchten Jobber, ihm wird das „Geschäft“ und die „Einkünfte“ zur Verfügung gestellt er macht gegen die üblichen Prozente das „Geschäft“. In seinen Händen befinden sich die ungeheuersten Summen, alle Gelder des Ministeriums, des kaiserlichen Hofes, des Cabinets des Kaisers,

